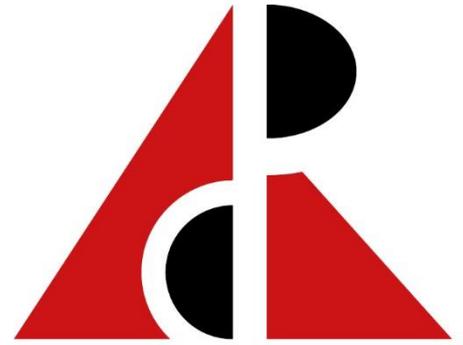
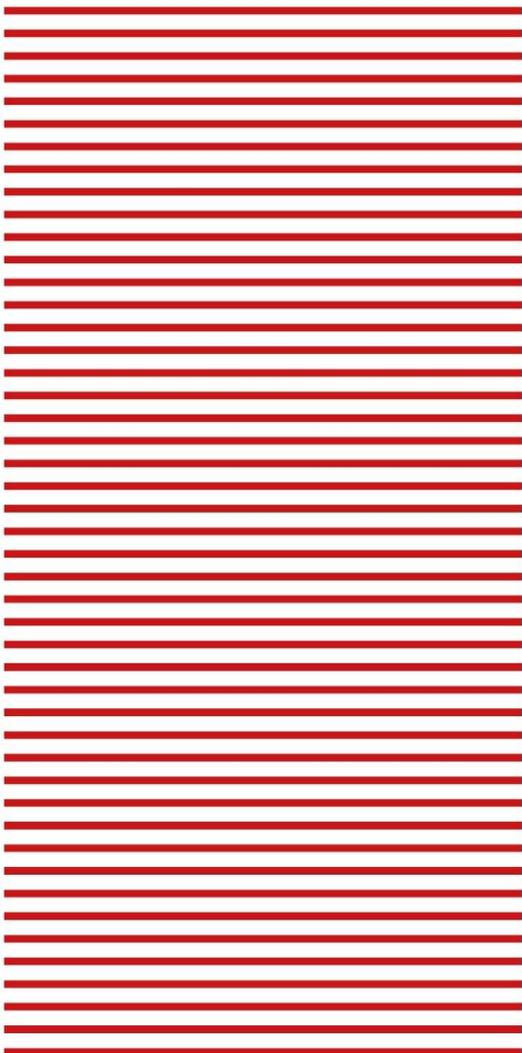


CARS  
Working Papers

# 005



center for **antisemitism**  
and **racism** studies



# **Die Israel-Boykott- bewegung BDS und die documenta fifteen**

Florian Markl und  
Alex Feuerherdt

2022

## Abstract

Wendet man die in gängigen Definitionen von israelbezogenem Antisemitismus mit etablierten Kriterien auf die Israelboykottbewegung an, wird deutlich: Bei BDS handelt es sich um eine antisemitische Kampagne. Indem BDS auf die Beseitigung Israels als jüdischer Staat abzielt, greifen die Boykotteure einen wesentlichen Bestandteil und das wichtigste Zentrum des zeitgenössischen Judentums (in- und außerhalb Israels) an. Der nicht enden wollende Skandal um antisemitische Machwerke auf der Kunstaussstellung *documenta fifteen* in Kassel führt auf besonders eindrückliche Weise vor Augen: Wo BDS-Aktivist\*innen das Sagen haben, ist auch offener Antisemitismus nicht weit.

## Die Autoren

Florian Markl ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Leiter beim unabhängigen Nahost-Thinktank *Mena-Watch* in Wien. Zuvor war er Archivar und Historiker beim *Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus* und Lehrbeauftragter an der *Universität Wien*. Alex Feuerherdt ist freier Publizist und lebt in Köln. Er arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Israel, Nahost, Antisemitismus und Fußball und schreibt regelmäßig unter anderem für die *Jungle World*, die *Jüdische Allgemeine*, *n-tv.de* und das Portal *Mena-Watch*. Zudem ist er Betreiber des Blogs *Lizas Welt*. Gemeinsam haben die beiden Autoren die Bücher *Vereinte Nationen gegen Israel – Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert* (Hentrich & Hentrich 2018) und *Die Israel-Boykottbewegung – Alter Hass in neuem Gewand* (Hentrich & Hentrich 2020) veröffentlicht.

# Die Israel-Boykottbewegung BDS und die documenta fifteen

## Vom alten Hass zur Delegitimierung des jüdischen Staates

Von Florian Markl und Alex Feuerherdt

Die BDS-Bewegung gibt vor, sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen, die sich der israelischen „Besatzung“ und dem „Kolonialismus“ des jüdischen Staates widersetzen. Diese Selbstdarstellung ist bis zu einem gewissen Grad insofern erfolgreich, als sich in der öffentlichen Debatte immer noch Stimmen finden, die behaupten, bei den Forderungen der Bewegung respektive Kampagne nach einem umfassenden Boykott Israels, nach dem Abzug von Kapital (in der BDS-Diktion „Desinvestitionen“) und nach der Verhängung von Sanktionen gegen Israel gehe es wirklich nur darum, „die jahrzehntelange Besatzungspolitik zu beenden“ (Frey 2022). Mit Antisemitismus habe das nichts zu tun, die entsprechende Kritik an der BDS-Bewegung wird vielmehr als illegitimer Versuch zurückgewiesen, mittels Verwendung der „Antisemitismuskeule“ bloße „Kritik“ an Israel zum Schweigen bringen zu wollen.<sup>1</sup>

Der Deutsche Bundestag, der österreichische Nationalrat und zahlreiche andere Institutionen und Organisationen sehen das anders. Für sie sind die „Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung [...] antisemitisch“, wie es in der am 19. Mai 2019 verabschiedeten Bundestagsresolution heißt. Man verurteile

„alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind“ (Deutscher Bundestag 2019: 2).

In diesem Papier werden wir im ersten Abschnitt begründen, warum die BDS-Bewegung als antisemitisch zu charakterisieren ist.<sup>2</sup> Im Anschluss daran werden wir uns mit neueren Entwicklungen in den beiden gesellschaftlichen Bereichen beschäftigen, in denen BDS wahrscheinlich am meisten Einfluss hat: dem akademischen Bereich sowie dem Kunst- und Kulturbetrieb. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Antisemitismuskandal bei der Kunstaussstellung *documenta* in Kassel gelegt.

### 1. Warum BDS antisemitisch ist

#### 1.1 Definitionen

Um eine Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an israelischer Politik und Ausdrucksformen von israelbezogenem Antisemitismus treffen zu können, wurden in den vergangenen Jahren mehrere Definitionsversuche unternommen. Eine der bekanntesten ist die sogenannte *Arbeitsdefinition Antisemitismus der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (EUMC) aus dem Jahr 2005, die in weiterer Folge von der *International Holocaust Remembrance Alliance* übernommen wurde. Laut dieser Definition ist Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann“ und gegen „jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“ und „gegen den Staat Israel, der da-

1 Der britische Soziologe David Hirsh hat für diese Art der Reaktion auf Antisemitismusvorwürfe die auf den ehemaligen Londoner Bürgermeister Ken Livingstone verweisende Bezeichnung „Livingstone Formulation“ geprägt (vgl. Hirsh 2020).

2 Wir bemühen uns, diesen Abschnitt aus Platzgründen recht kurz zu halten. Eine ausführliche Erörterung findet sich in unserem Buch über die BDS-Bewegung (vgl. Feuerherdt/Markl 2020: 76-105).

bei als jüdisches Kollektiv verstanden wird“, gerichtet sein kann (International Holocaust Remembrance Alliance 2016). Von den folgenden elf beispielhaften Konkretisierungen der Arbeitsdefinition beziehen sich sieben auf israelbezogenen Antisemitismus. Zu ihnen gehören das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen Staat erwartet und verlangt wird, Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten und das Bestreben, alle Jüdinnen und Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.

Ausdrücklich betont wird, dass Kritik an Israel nicht als antisemitisch zu charakterisieren ist, wenn sie der Art von Kritik entspricht, die auch an anderen Staaten geübt wird – ein Passus, der in aller Regel von jenen ignoriert wird, die durch die Arbeitsdefinition die Meinungsfreiheit eingeschränkt sehen, weil darin angeblich jegliche Kritik an Israel unter Antisemitismusverdacht gestellt wird.

Der wohl bekannteste Vorschlag zur Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an Israel und israelbezogenem Antisemitismus ist der sogenannte 3-D-Test des ehemaligen sowjetischen Dissidenten und späteren Leiters der *Jewish Agency*, Natan Sharansky (vgl. Sharansky 2004). Antisemitismus liegt demnach vor, wenn eines von drei „D“ erfüllt wird: Das erste D steht für *Dämonisierung*, dazu zählen beispielsweise Gleichsetzungen von Israelis und Nazis oder von palästinensischen Flüchtlingslagern und NS-Vernichtungslagern wie Auschwitz. Das zweite D steht für *Double Standards*, also das Messen mit zweierlei Maß, das vorliege, wenn zur Bewertung seines Handelns an Israel andere Maßstäbe angelegt werden als an andere Länder. Das dritte D steht schließlich für *Delegitimierung*: Früher hätten Antisemiten die Legitimität der jüdischen Religion oder des jüdischen Volkes abgestritten, heute versuchten sie das Gleiche mit dem jüdischen Staat.

### 1.2 BDS und der 3-D-Test

Wendet man Sharanskys 3-D-Test auf die BDS-Kampagne an, so fällt das Urteil eindeutig aus.

Nicht der geringste Zweifel besteht daran, dass die BDS-Bewegung Israel dämonisiert: Ihre verbal in höchstem Maße aggressive Propaganda besteht in der Tat zum großen Teil darin, den jüdischen Staat systematischer Menschenrechtsverletzungen und schlimmster Verbrechen anzuklagen, dazu gehören auch Vergleiche Israels mit dem NS-Regime bzw. der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik (Beispiele finden sich bei Feuerherdt/Markl 2020: 84-85).

Ebenso unzweifelhaft ist, dass die BDS-Bewegung an den jüdischen Staat ständig völlig andere Maßstäbe anlegt als an andere Akteure. Das zeigt sich schon an der Frage, warum ausgerechnet Israel zum Gegenstand einer weltweiten Kampagne geworden ist, obwohl es wahrlich nicht an Staaten mangelt, die sich tatsächlich schwerer Verbrechen schuldig machen. Objektive Kriterien können hier schwerlich ausschlaggebend sein. Israel ist zwar nicht perfekt (kein Staat ist das), begeht Irrtümer, macht Fehler und verstößt manchmal gegen die Werte, die es selbst hochhält. Aber von den frei erfundenen Vorwürfen der BDS-Propaganda abgesehen tut Israel nichts, was nicht von anderen Staaten in weit größerem Ausmaß getan wird – ohne dass sie den Furor einer weltweiten Boykottkampagne auf sich zögen. Weshalb also Israel zum internationalen Pariastaat gemacht werden soll, nicht aber China, das Millionen Muslime in Konzentrations- und Umerziehungslager einsperrt, ist anders als mit der Anwendung von unterschiedlichen Maßstäben nicht zu erklären.

Und auch das dritte D Sharanskys wird mühelos erfüllt: Die Delegitimierung Israels ist gewissermaßen der Kern der BDS-Kampagne, das Existenzrecht des jüdischen Staates zu bestreiten die erklärte Absicht führender BDS-Befürworter von Omar Barghouti, dem bekanntesten Aktivisten der Kampagne, bis Judith Butler (vgl. ebd.: 88-89). Wie sollte es auch anders sein angesichts eines Staates, den man tagein, tagaus als verbrecherischen und Genozid begehenden Apartheidstaat diffamiert?

Dass es BDS um die grundsätzliche Delegitimierung Israels geht, macht auch ein Blick auf die drei Kernforderungen im Gründungsaufruf der Kampagne aus dem Jahr 2005 deutlich: Die Forderung nach der Beendigung der „Besetzung

und Kolonisation allen arabischen Landes“ ist so vage formuliert, dass offen bleibt, was mit „arabischem Land“ genau gemeint ist: nur die „besetzten Gebiete“ oder nicht vielleicht doch das gesamte Territorium Israels? Diese Ambiguität hat einen guten Grund: Würde die Forderung unmissverständlich auf die „besetzten Gebiete“ beschränkt, hätte kaum eine der palästinensischen Unterstützerguppen den Aufruf unterzeichnet; wäre umgekehrt klar gesagt worden, dass ganz Israel als „besetztes arabisches Land“ betrachtet wird, hätte das die Aussicht auf Unterstützer im Westen beinahe gänzlich zunichte gemacht. Man kann diese Forderung als bloßen Aufruf zur Beendigung der Besatzung des Westjordanlandes sehen (aus dem Gazastreifen hat sich Israel bereits 2005 vollständig zurückgezogen), muss es aber nicht. Viele prominente BDS-Agitatoren machen immer wieder klar, dass sie die Forderung keineswegs auf diesen Umfang beschränkt sehen. Omar Barghouti etwa macht kein Geheimnis daraus, dass für ihn ein jüdischer Staat – in welchen Grenzen auch immer – inakzeptabel ist und bleibt (vgl. Jewish Virtual Library o. J.).

Die anderen beiden Kernforderungen – diejenige nach völliger Gleichberechtigung der arabischen Bürger Israels und die Betonung des sogenannten Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge (vgl. dazu Markl/Feuerherdt 2021) – beziehen sich ausschließlich auf das israelische Kernland. Von den drei Hauptforderungen im BDS-Gründungsaufruf sind zwei also gar nicht auf die „besetzten Gebiete“ bezogen, die dritte bleibt in dieser Hinsicht vage. Die Umsetzung aller drei Forderungen, wie die BDS-Bewegung sie versteht, läuft jedenfalls auf genau ein Ziel hinaus: die Beseitigung Israels als jüdischer Staat.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Gemäß den Kriterien des sogenannten 3-D-Tests handelt es sich bei BDS um eine klar antisemitische Kampagne. Der Vergleich der BDS-Propaganda mit den Beispielen für israelbezogenen Antisemitismus aus der EUMC/IHRA-Definition führt zu einem gleichermaßen eindeutigen Ergebnis.

### *1.3 Ein fundamentaler Angriff auf das Judentum*

Der Antisemitismus der BDS-Bewegung wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, was ihre ständigen Angriffe auf Israel für das

zeitgenössische Judentum bedeuten. BDS-Befürworter behaupten zwar immer, dass es ihnen nur um Israel, nicht aber um Juden allgemein gehe. Doch ist der Glaube daran, dass sich das fein säuberlich trennen lässt und man das eine angreifen kann, ohne auch das andere zu treffen, eine gefährliche Illusion.

Nach dem Holocaust und der Flucht und Vertreibung der Juden aus der arabischen bzw. islamischen Welt in den Jahren rund um die Gründung Israels spielen sich rund 85 Prozent des jüdischen Lebens in zwei Ländern ab: in den USA und in Israel. Demografisch halten sich diese beiden Zentren heute ungefähr die Waage, in Zukunft wird die Zahl der Juden in Israel aber beständig wachsen, während alle Prognosen ein Schrumpfen der jüdischen Gemeinden in den USA vorausagen. Darüber hinaus sind die Juden in den USA eine kleine Minderheit unter vielen (Juden machen heute rund zwei Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus), wohingegen Israel das einzige bestehende jüdische Gemeinwesen weltweit ist. Die Bedeutung Israels besteht für den Publizisten Charles Krauthammer deshalb darin, dass der jüdische Staat zum „Herzen des jüdischen Volkes geworden ist – seinem kulturellen, spirituellen und psychologischen Zentrum, [...] das bald auch sein demografisches Zentrum sein wird“ (Krauthammer 1998: 260).

Ein Großteil der Juden außerhalb Israels sieht das zumindest ähnlich. Umfragen zufolge fühlen sich rund drei Viertel der Juden in Amerika und in Europa dem jüdischen Staat verbunden oder gar sehr verbunden (vgl. Feuerherdt/Markl 2020: 97-98). Für sie ist Israel ein wichtiges, wenn nicht gar das wichtigste Symbol des zeitgenössischen Judentums. Das trifft nicht zuletzt auch auf nichtreligiöse Juden zu, die sich aber sehr wohl zum Judentum bekennen: Für sie ist die Unterstützung des jüdischen Staates vielfach der entscheidende Bestandteil ihres jüdischen Selbstverständnisses.

Diese enge Verbundenheit kommt auch beim Thema BDS zum Tragen: Die diffamierenden Vorwürfe der Israel-Boykotteure, die in ihrer Agitation nur den jüdischen Staat herausgreifen und das erklärte Ziel verfolgen, ihn zum internationalen Pariastaat zu machen, werden von vielen Juden weltweit als beleidigend empfunden und als Ausdruck von Antisemitismus verstanden. Dabei

ist es unerheblich, dass die BDS-Kampagne ständig betont, doch „nur“ gegen Israel, nicht aber gegen Jüdinnen und Juden an sich zu sein. Unabhängig von der Intention wird die Schmähung Israels als hochgradig beleidigend empfunden, weil eine enge Beziehung zwischen der jüdischen Identität einer Person und ihrer Bindung an Israel besteht.

Wenn die BDS-Kampagne behauptet, sie richte sich nicht gegen Juden, dann geht sie dabei über die große Mehrheit der Juden hinweg, für deren Selbstverständnis Israel eine große Bedeutung zukommt. Weil die Israel-Boykotteure Zionismus grundsätzlich für verbrecherisch halten, richtet sich ihr Hass zwangsläufig auch gegen den Großteil der Juden außerhalb Israels, sofern diese nicht bereit sind, sich von ihrem Verständnis des Judentums zu verabschieden. Für einen derartigen Angriff auf ein wichtiges Symbol des Judentums und auf eine wesentliche Komponente jüdischer Identität gibt es einen Begriff: Antisemitismus.

Wenn die BDS-Kampagne auf die Beseitigung Israels als jüdischer Staat abzielt, läuft sie darauf hinaus, eines der beiden weltweiten Zentren des Judentums und das dort entstandene israelische Judentum zu beseitigen. Das wäre ein für das Judentum insgesamt kaum oder gar nicht verkraftbarer Schlag: Übrig blieben dann – neben den verhältnismäßig kleinen Gemeinden in Europa und anderswo – nur noch die USA mit ihren schrumpfenden jüdischen Gemeinden. Darin ein Untergangsszenario für das Judentum insgesamt zu sehen, ist, wenn überhaupt, nur eine kleine Übertreibung. Deshalb hängen, wie Krauthammer betonte, „die Existenz und das Überleben des jüdischen Volkes“ heute von der Existenz des jüdischen Staates ab: „Das Ende Israels bedeutet das Ende des jüdischen Volkes. [...] Es kann nicht noch einmal Zerstörung und Exil überleben.“ Am Bestehen Israels hänge daher „die einzige Hoffnung für das Fortbestehen und Überleben des Judentums“ (Krauthammer 1998: 260).

Auch aus diesem Blickwinkel kann der Befund also ebenfalls nur lauten: Unabhängig von den Niederungen ihrer alltäglichen, dämonisierenden Propaganda handelt es sich bei BDS um eine fundamental antisemitische Bewegung.

## 2. Der Israel-Boycott im akademischen Bereich

In deutschsprachigen Ländern ist der Einfluss der BDS-Bewegung bis heute überschaubar geblieben. Nur in zwei gesellschaftlichen Bereichen kann sie zumindest ein wenig Einfluss beanspruchen: an den Hochschulen, in dem bestimmte Ausprägungen des Postkolonialismus und intersektionaler Ideologien mitsamt der darin oft mitschwingenden Israelfeindschaft an Bedeutung gewinnen, und im Kunst- und Kulturbereich, der sich, wie die weiter unten erläuterten jüngeren Debatten zeigen, immer wieder als besonders anschlussfähig für die Agitation der Israel-Boykotteure erweist.

### 2.1 Der akademische Bereich als Vorreiter

Der akademische Raum, vor allem in den angelsächsischen Ländern, war von Anfang an ein Sektor der Gesellschaft, in dem Boykottaufrufe gegen Israel überdurchschnittlich viel Zustimmung erhielten. Erste Versuche, akademische Boykotte gegen den jüdischen Staat zu organisieren, gab es infolge der zu einem rabiat israelfeindlichen und teils offen antisemitischen Happening verkommenen NGO-Konferenz im Rahmen der sogenannten *Weltkonferenz gegen Rassismus* im südafrikanischen Durban im Spätsommer 2001. In der Abschlusserklärung der NGO-Konferenz wurde Israel als „rassistischer Apartheidstaat“ an den Pranger gestellt, der „rassistische Verbrechen“, „ethnische Säuberungen“ und „Völkermord“ begehe. In den Abschnitten 424 und 425 der Erklärung erging schließlich der Aufruf zum Start einer „internationalen Anti-Israel-Apartheidbewegung“. Gefordert wurde die „komplette und totale Isolierung Israel“ (World Forum against Racism 2001).

Infolgedessen gab es in den USA erste, vorerst aber noch gescheiterte Anläufe zur Durchsetzung eines akademischen Boykotts des jüdischen Staates im Februar 2002 an der *University of California*, bald darauf gefolgt von ähnlichen Bemühungen an der *Columbia University* in New York, an den Universitäten von Harvard und Princeton sowie am MIT (Nelson 2015: 13). In Großbritannien forderten derweil über 120 briti-

sche Akademiker in einem offenen Brief im April 2002 ein Moratorium der Forschungszusammenarbeit mit Israel. Ein Jahr später wurde bei der *Association of University Teachers* (AUT) die Forderung eingebracht (und ebenfalls vorerst noch abgelehnt), alle akademischen Kontakte zu israelischen Institutionen abubrechen. Im April 2005 beschloss die AUT, die *Bar-Ilan-Universität* in Ramat Gan sowie die *Universität von Haifa* zu boykottieren (Hirsh 2018: 97-102). All das geschah vor dem „offiziellen“ BDS-Aufruf vom Juli 2005, der in Wahrheit nicht eine Initiative der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ war, wie die BDS-Selbstdarstellung stets lautet. Vielmehr waren es britische Akademiker, die palästinensische Aktivisten überzeugten, dass der Israel-Boykott international viel glaubwürdiger zu verkaufen wäre, wenn er offiziell ein palästinensisches Antlitz trüge (vgl. ebd.: 101 sowie Steinberg 2019). Die Universitäten im angelsächsischen Raum waren nicht bloß Vorreiter, insofern die Israel-Boykottbewegung an ihnen zuerst Fuß fassen konnte; sie sind auch bis heute Hochburgen des israelfeindlichen Aktivismus und der BDS-Kampagne. Immer wieder sorgen Beschlüsse von Studierendenorganisationen wie von Lehrendenverbänden, die sich den Israel-Boykott zu eigen machen, für Aufsehen. Exemplarisch seien dazu zwei jüngere Vorfälle aus den USA betrachtet.

## 2.2. Der Israel-Boykott in Harvard und in der MESA

Am 29. April 2022 veröffentlichte das Editorial Board der Studentenzeitung der Eliteuniversität Harvard, der *Harvard Crimson*, eine Erklärung, in der es seine langjährige Haltung revidierte und sich vorbehaltlos zur BDS-Kampagne bekannte. Die Entscheidung sei nicht leichtgefallen, aber „Israels Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts und der Schrei Palästinas nach Freiheit“ hätten den Schritt notwendig gemacht. Deshalb sei man „stolz darauf, endlich sowohl die palästinensische Befreiung als auch BDS zu unterstützen – und wir rufen alle dazu auf, das Gleiche zu tun“ (Crimson Editorial Board 2022). Doch wie in vielen anderen Fällen stieß auch diese ostentative BDS-Befürwortung prompt auf energischen Widerspruch. Ein jüdisches Mitglied

des Editorial Boards kritisierte die Entscheidung für den Boykott scharf. Ihre Kollegen hätten mit ihrer einseitigen Erklärung, in der die Hamas und die umfangreiche Terrorunterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde mit keinem Wort erwähnt worden sei, die jüdische Seite des Konflikts komplett ausgeblendet und sich nicht einmal pro forma auch zum Recht der Juden auf Selbstbestimmung bekannt. Sie trete für Dialog ein, aber genau das sei

„nicht das Ziel von BDS oder von studentischen Anti-Israel-Gruppen, die Gespräche verweigern und sich stattdessen auf substanzlose Plattitüden wie ‚Zionismus ist Rassismus, Siedlerkolonialismus, weiße Vorherrschaft, Apartheid‘ stützen“. Das Ziel der Israel-Boykotteure sei es, „Israel zu dämonisieren und sein Existenzrecht zu delegitimieren“ (Kahn 2022).

Deutlichen Widerspruch erntete der Pro-BDS-Beschluss auch von Dutzenden aktuellen und früheren Lehrenden der Harvard-Universität. In einem Statement, mitinitiiert vom weltweit bekannten Psychologen Steven Pinker sowie vom früheren Harvard-Rektor Lawrence H. Summers und unterzeichnet unter anderem vom ebenfalls weltweit bekannten Juristen Alan Dershowitz, bekannten sie sich zur Kooperation mit Israel und stellten sich hinter die „jüdischen und zionistischen Studenten“, die sich von der ihnen gegenüber „feindlichen“ Haltung des *Crimson* „marginalisiert und demoralisiert“ fühlten. Die BDS-Kampagne stehe im Widerspruch zu den Zielen akademischer Bildung,

„indem sie den komplexen und bisher unlösbaren israelisch-palästinensischen Konflikt in eine Karikatur verwandelt, die mit ihrer falschen Binarität von Unterdrücker und Unterdrückten nur einer Seite die Schuld zuschiebt“.

BDS trage zum Antisemitismus auf dem Campus bei und sei „respektlos gegenüber Juden, von denen die große Mehrheit eine Bindung an Israel als zentral für ihre Glaubensidentität betrachtet“. Die Kampagne „negiert die Bedeutung Israels für die jüdische Kontinuität und als Zufluchtsort und sicherer Hafen für Juden, die einen solchen brau-

chen“. Die Lehrenden bezeichneten die Rhetorik der BDS-Kampagne „als das, was sie ist: antijüdische Hassrede, die den Werten jeder akademischen Einrichtung zuwiderläuft“ (Harvard Faculty 2022).

Nur wenige Tage vor dem BDS-Bekennnis des *Harvard Crimson* hatte ein anderer Beschluss für Aufsehen gesorgt, der für Außenstehende durchaus ungewöhnlich wirken musste: Mit überwältigender Mehrheit der abgegebenen Stimmen hatte die *Middle East Studies Association* (MESA) den Beschluss gefasst, den BDS-Gründungsaufruf von 2005 zu unterstützen (vgl. Middle East Studies Association 2022). Ausgerechnet der seit seiner Gründung 1966 lange Zeit als renommiert geltende Fachverband jener Akademiker, die sich mit dem Nahen Osten beschäftigen, boykottiert einen der wichtigsten Staaten der Region, die seine Mitglieder studieren? Eine akademische Organisation, die kein Problem mit der Kooperation mit zahlreichen Diktaturen der Region hat, in denen die Freiheit der Wissenschaft mit Füßen getreten wird, proklamiert den Boykott des einzigen demokratischen Rechtsstaats des Nahen Ostens und seiner Universitäten, auf denen akademische Freiheit herrscht und die in zahlreichen Bereichen zu den besten der Welt gehören?

Das mag verwirrend sein, immerhin schadet der Verband sich damit selbst und lässt die Studenten im Stich, die künftig auf keine Unterstützung von MESA-Mitgliedern hoffen können, wenn sie in Israel studieren oder mit israelischen Akademikern kooperieren wollen. Doch wer die Entwicklung der Organisation in den vergangenen Jahrzehnten verfolgt hat, für den kam der Schritt alles andere als unerwartet. Eigentlich war die MESA laut Satzung ein dezidiert „unpolitischer“ Verband, ein Boykottbeschluss wie der jüngst gefasste verstieß lange Zeit schlicht gegen die eigenen Statuten. Doch seit Jahren haben BDS-Befürworter und -Aktivisten unter den MESA-Mitgliedern daran gearbeitet, dem Beschluss den Weg zu bereiten. Um die Unterstützung des Israel-Boykotts zu ermöglichen, wurde unter anderem im Jahr 2017 per Referendum die Streichung des Wortes „unpolitisch“ aus der Satzung erwirkt.

Der MESA-Beschluss ist das Ergebnis des konti-

nuierlichen inhaltlichen Abstiegs der amerikanischen Middle Eastern Studies Departments, seit sie sich unter dem Einfluss von Edward Said und dessen Nachfolgern von seriösen wissenschaftlichen Einrichtungen zum Spielfeld vornehmlich antiwestlicher und israelfeindlicher Ideologen entwickelt haben. Für den Historiker Martin Kramer, der diesen Prozess schon vor mehr als 20 Jahren eindrücklich analysiert hat (vgl. Kramer 2001), hat der BDS-Beschluss der Organisation auch einen positiven Effekt:

„Die MESA ist endlich als das entlarvt worden, zu dem sie vor allem geworden ist: eine pro-palästinensische, anti-israelische politische Vereinigung, deren Mitglieder zufällig Akademiker sind“ (Kramer 2022).

Für die MESA dürfte der Beschluss freilich den seit Jahren anhaltenden Bedeutungsverlust beschleunigen. Ein Merkmal des Einflusses eines Verbandes ist die Zahl seiner Mitglieder, im Falle der MESA insbesondere auch seiner institutionellen Mitglieder. Wie Kramer festhält, schrumpft diese Zahl stetig: „2013 gehörten zu den institutionellen Mitgliedern von MESA 53 nordamerikanische Universitäten und universitätsbasierte Programme. Derzeit sind es nicht mehr als 31“ (ebd.). Einer der Gründe dafür dürfte darin bestehen, dass etliche Einrichtungen fürchten, dass eine Mitgliedschaft bei der MESA gegen die mittlerweile von vielen US-Staaten erlassene Anti-Boykott-Gesetzgebung verstößt, die es steuerfinanzierten Institutionen schlicht verbietet, einen Boykott Israels zu unterstützen. In beträchtlichen Teilen der USA finden sich infolgedessen heute bereits keine mit Middle Eastern Studies beschäftigten universitären Institutionen mehr, die der MESA noch angehören.

### 2.3. Zwischenbilanz: Viel Lärm, wenig Erfolg

Beschlüsse wie die des *Harvard Crimson* oder der MESA sorgen zwar immer für Aufsehen, doch birgt dieses die Gefahr, zu einem verzerrten Bild zu führen. Die BDS-Aktivisten und ihre Aktionen verursachen viel Lärm und tragen maßgeblich dazu bei, dass jüdische und pro-israelische (oder auch nur nicht-israelfeindliche) Studenten an ihren Universitäten oft einem höchst unfreundli-

chen und manchmal regelrecht bedrohlichem Umfeld ausgesetzt sind. Aber schaut man sich die nüchternen Zahlen der BDS-Erfolgsbilanz an, sieht die Sache anders aus.

Laut der Webseite *Jewish Virtual Library* wurde in den USA in den vergangenen 17 Jahren an 73 Hochschulen über Anträge zum Abbruch der Beziehungen zu Israel abgestimmt – also an nicht mehr als 2 Prozent der insgesamt 4.298 vierjährigen Lehrgänge. Zusammengenommen wurden an nur 46 Hochschulen BDS-Resolutionen verabschiedet. 97 der 153 vorgeschlagenen Boykottmaßnahmen (63 Prozent) wurden abgelehnt (vgl. *Jewish Virtual Library* 2022).

Anzumerken ist, dass die Leitungen von Colleges und Universitäten die BDS-Aktivitäten oft als Angriff auf die akademische Freiheit betrachten und sie nicht zuletzt aus diesem Grund ablehnen bzw. ihnen aktiv widersprechen. Boykottbeschlüsse von Akademikervereinigungen oder Studentenvertretungen, die rechtlich ohnehin keine bindende Wirkung haben, führen deshalb nur selten dazu, dass eine Hochschule den entsprechenden Forderungen auch tatsächlich nachkommt. Dem von BDS verursachten Lärm ist entgegenzuhalten: „An mehr als 98 Prozent der amerikanischen Universitäten gab es keine Divestment-Abstimmungen und nur geringe oder gar keine BDS-Aktivitäten“ (ebd.).

### 3. BDS im kulturellen Sektor

#### 3.1. Boykottaufrufe und Druck auf Musiker

Im kulturellen Bereich hingegen gelingt es BDS-Aktivist\*innen regelmäßig, insbesondere Musiker mit Aufrufen, Kampagnen und Protestaktionen bei Konzerten zur Absage von geplanten Auftritten in Israel oder zu einem Boykott des jüdischen Staates zu bringen. Zur Begründung für die entsprechende Aufforderung heißt es stets, mit einem Konzert oder einer anderen Performance würden israelische „Kriegsverbrechen“ und „Menschenrechtsverletzungen“ gegenüber den Palästinensern unterstützt. Zu den bekanntesten Künstlern, die der Aufforderung der BDS-Bewegung folgten und nicht wie angekündigt in Israel auftraten, gehören Elvis Costello, Sinéad O'Connor und die Pixies (vgl. Feuerherdt/Markl 2020: 148).

Einige Größen ihrer Branche sehen sich sogar selbst als Teil von BDS, agitieren beispielsweise auf Konzerten gegen den jüdischen Staat und rufen dazu auf, diesen zu boykottieren, wo es nur geht. Hier ist zuvorderst Roger Waters zu nennen, der frühere Frontsänger der Band *Pink Floyd*. Er unterstützt BDS seit vielen Jahren und tritt mit aggressivem Antisemitismus in Erscheinung: Auf seinen Konzerten lässt Waters schon mal ein aufblasbares Schwein in die Luft steigen, auf dem ein Davidstern prangt; er schwadroniert von der „Macht der jüdischen Lobby“, vergleicht die israelische Regierung, die er als „systematisches rassistisches Apartheidregime“ bezeichnet, mit den Nationalsozialisten und wirft Israel unter anderem „ethnische Säuberungen“ vor (vgl. ebd.).

Über den Druck der BDS-Bewegung auf Künstler hinaus gibt es gemeinsame Boykottaufrufe, die teilweise von einer großen Zahl von BDS-Unterstützern und -Sympathisanten aus dem Kulturbereich getragen werden. So beispielsweise ein halbes Jahr nach dem Gazakrieg im Sommer 2014, als über 700 britische Künstlerinnen und Künstler in einem Appell mit dem Titel *Artists for Palestine* ankündigten, nicht in Israel aufzutreten und keine Gelder von Institutionen oder Einrichtungen anzunehmen, die über Verbindungen zur israelischen Regierung verfügen, bis Israel „seine koloniale Unterdrückung der Palästinenser beendet“ (*Artists for Palestine* 2015). Schließlich würden Israels Kriege „auch an der kulturellen Front ausgetragen“, wie es im Appell hieß (ebd.). Nach dem Sieg der israelischen Sängerin Netta Barzilai beim *Eurovision Song Contest* (ESC) im Mai 2018 riefen ebenfalls zahlreiche Künstler dazu auf, den Wettbewerb im folgenden Jahr zu boykottieren, da er dann im jüdischen Staat stattfinden und Israel seine „schweren, jahrzehntelangen Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte“ fortsetzen werde. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten beispielsweise die Filmregisseure Aki Kaurismäki und Ken Loach, der Sänger Brian Eno und einmal mehr Roger Waters (*Artists from Europe and beyond* 2018). Der Appell blieb jedoch letztlich ohne erwähnenswerte Konsequenzen. Zwar organisierte die BDS-Bewegung eine „Globalvision“ genannte Gegenveranstaltung in verschiedenen Städten,

doch weder Fernsehanstalten noch Bands folgten dem Boykottaufruf. Stattdessen gab es deutliche Kritik, besonders am Logo der BDS-Kampagne gegen den ESC in Israel (vgl. Feuerherdt/Markl 2020: 149): Es bestand aus dem mit Stacheldraht umwickelten Eurovision-Schriftzug; in der Mitte war der zum Herzen stilisierte Buchstabe „v“ so zerbrochen, das sich daraus zwei SS-Runen ergaben – eine erneute Dämonisierung Israels in Form der Gleichsetzung des jüdischen Staates mit dem nationalsozialistischen Deutschland.

Mittlerweile wächst allerdings auch die Zahl der Künstlerinnen und Künstler, die BDS ablehnen und den Boykottaufrufen der Bewegung trotzen. Zu den prominenten Gegnern eines kulturellen Boykotts gehören beispielsweise die Sängerinnen und Sänger Johnny Lydon, Nick Cave, Rihanna, Madonna, Lady Gaga sowie die Red Hot Chili Peppers und die Rolling Stones. Viele Musikerinnen und Musiker – darunter beispielsweise Paul Mc Cartney, Eric Burdon, Justin Timberlake und Alicia Keys – berichten von Einschüchterungen, Belästigungen und handfesten Drohungen durch BDS-Aktivisten, weil sie sich geweigert hatten, ihren Auftritt in Israel abzusagen (vgl. ebd.: 149-150). Die Sängerin Sarah McTernan, die 2019 beim *Eurovision Song Contest* in Israel für Irland ins Rennen ging, wurde von der Wucht der Angriffe gänzlich unvorbereitet getroffen.

„Ich bekam Drohungen, ich bekam Briefe. Schreckliche Sachen im Internet, wo jemand drohte, mir etwas anzutun“, sagte sie. „Hunderte und Aberhunderte schickten mir Messages und sagten die schrecklichsten Sachen. Sie sagten mir: ‚Du musst vorsichtig sein‘, ‚Pass auf, wohin du gehst‘, ‚Du weißt nie, wo ich sein werde‘, ‚Sieh dich vor, wer in deiner Nähe ist‘ – solche Dinge“ (Sweeney 2019).

Vor allem jüngere Künstler und Künstlerinnen, die erst am Beginn ihrer Karrieren stehen, sehen sich oftmals nicht in der Lage, dem enormen Druck und den Drohungen zu widerstehen.

### 3.2. Das Beispiel *documenta*

Wie das Thema BDS den Kulturbetrieb beeinflusst, zeigt sich auch an der bedeutenden Gegenwartskunstschau *documenta* in Kassel, deren

15. Ausgabe Mitte Juni 2022 begann. Seit Januar desselben Jahres stand sie in der Kritik, nachdem Recherchen des Kasseler *Bündnisses gegen Antisemitismus* (BgA) zutage gefördert hatten, dass mehrere *documenta*-Protagonisten die BDS-Bewegung unterstützen (Bündnis gegen Antisemitismus Kassel 2022). Dazu gehören unter anderen zwei Aktivisten des indonesischen Künstlerkollektivs *Ruangrupa*, das mit der künstlerischen Leitung der diesjährigen *documenta* beauftragt wurde, zwei Mitglieder des *documenta*-Beirats und die Sprecher einer eingeladenen palästinensischen Künstlergruppe, die wiederum einem Kulturzentrum entstammt, dessen Namensgeber ein Anhänger des Nationalsozialismus und glühender Antisemit war. Der Anti-Israel-Aktivismus ist bei der *documenta* also zahlreich, prominent und an wesentlichen Stellen vertreten. Überhaupt ist er „ein wichtiges Standbein des post-modernen Kunstbetriebes“, wie das BgA Kassel festgehalten hat (ebd.).

Zahlreiche Medien griffen die Recherchen der Initiative auf und kritisierten die *documenta*-Verantwortlichen (vgl. Feuerherdt 2022a). Die *documenta* selbst reagierte zunächst mit einer Stellungnahme, deren Tenor lautete: Die Welt ist kompliziert, wir stehen zur besonderen deutschen Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt, und sind gegen Rassismus und Antisemitismus. Vor allem aber wollen wir eine uneingeschränkte Meinungs- und Kunstfreiheit, alles Weitere besprechen wir auf einem Expertenforum (vgl. *documenta fifteen* 2022a). Tatsächlich beraumte man eine dreiteilige Online-Gesprächsreihe an, in der „die Rolle von Kunst und Kunstfreiheit angesichts von wachsendem Antisemitismus, Rassismus und zunehmender Islamophobie diskutiert werden“ sollte (*documenta fifteen* 2022b). Die Themen sollten sein: „Antisemitismus und Rassismus in Deutschland heute“, die „Rolle von Antisemitismus und Anti-Antisemitismus im postkolonialen Diskurs“ sowie die Frage „Was ist antimuslimischer und antipalästinensischer Rassismus?“ (ebd.).

Für das Webportal *Ruhrbarone* warf Thomas Wessel einen Blick auf die eingeladenen Referenten und stellte fest: „Von zwanzig Diskutanten, denen die *documenta* jetzt Rederecht verleiht, lässt sich locker die Hälfte zu vehementen BDS-

Aktivisten oder deren Apologeten zählen“ (Wessel 2022a). In einem Brief an Kulturstaatsministerin Claudia Roth kritisierte auch der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, den Umgang der *documenta* mit dem Antisemitismus und dabei nicht zuletzt die Besetzung der Gesprächsforen. Nach der Kritik an der Kunstschau sollte die Intention der Online-Veranstaltungen eine Beschäftigung mit dem Antisemitismus sein, vor allem mit dem israelbezogenen. „In diesem Kontext hat mich auch verwundert, dass die Thematik des antipalästinensischen Rassismus Eingang in das Programm gefunden hat“, schrieb Schuster an Roth. Er könne hier keinen Zusammenhang erkennen. Darüber hinaus kritisierte er, dass der Zentralrat ignoriert worden sei. Mehrfach habe er „darum gebeten, hier als Dachverband der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland mit unserer Expertise eingebunden zu werden“, doch trotz mehrmaliger Nachfrage bei der Leitung der *documenta* sei dies nicht geschehen. Den Verantwortlichen der *documenta* sei offenbar weder „an einem echten Austausch gelegen gewesen“ noch „an einer Einbindung der Perspektive der jüdischen Gemeinschaft“, so der Zentralratspräsident (vgl. Feuerherdt 2022b).

Nach dem Bekanntwerden von Schusters Brief zog Natan Sznaider, Professor für Soziologie in Tel Aviv, seine Zusage zur Teilnahme an einer der Veranstaltungen zurück. In einer E-Mail an die *documenta* schrieb er, er finde in den Zusammensetzungen der Panels seinen Platz nicht und wolle auch nicht den Einspruch des Zentralrats ignorieren:

„Als ‚ehemaliger‘ Jude in Deutschland und auch als Israeli verstehe ich den Schmerz und die Nichtanerkennung der Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Ich glaube sehr an ‚we need to talk‘, aber ich sehe die Veranstaltung eher als ein Selbstgespräch [denn] als eine Unterhaltung“ (zit. nach Goldmann 2022a).

Nachdem es eine weitere Absage gab und sich nach Angaben der *documenta* „einige in der sich zuspitzenden Debatte nicht mehr wohlfühlten, ihre Position sinnvoll einzubringen“, entschieden sich die Verantwortlichen, die Gesprächsreihe auszusetzen. Man werde stattdessen „zunächst

die Ausstellung beginnen und für sich sprechen lassen“, hieß es in einer Erklärung (*documenta fifteen* 2022c).

Bevor es dazu kam, äußerte sich *Ruangrupa*, die künstlerische Leitung der 15. *documenta*, schließlich doch noch, und zwar in Form eines offenen Briefes (Ruangrupa 2022). Darin heißt es, dass die „Anschuldigungen, die gegenüber der *documenta fifteen* und dem Gesprächsforum geäußert wurden, eine produktive Diskussion gegenwärtig unmöglich machen“. Schuld soll also die Kritik an den *documenta*-Machern sein, die diese aber nicht als Kritik begreifen wollen, sondern als „Vorwürfe“, „Bezichtigungen“, „Gerüchte“ oder eben als „Anschuldigungen“. Die Kritiker, heißt das, sollen andere Motive haben als die Kritik; die Verfasser des Briefes schreiben diesbezüglich vom „Versuch, Künstler\*innen zu delegitimieren und sie auf [der] Basis ihrer Herkunft und ihren vermuteten politischen Einstellungen präventiv zu zensieren“. Die „deutsche Bekenntnikultur gegen Antizionismus, die ihn zunehmend mit Antisemitismus gleichsetzt“, so *Ruangrupa* weiter, „hat zur Folge, dass Palästinenser\*innen und nicht-zionistische Juden vom Kampf gegen Antisemitismus ausgeschlossen und nachfolgend selbst zu Antisemiten erklärt werden“. Als ob die Kritiker keine inhaltlichen Gründe geltend machen, sondern sich auf die Herkunft der Kritisierten kaprizieren würden. Als ob sie beispielsweise Palästinenser, die sich antisemitisch äußern, „zu Antisemiten erklären“ würden, weil sie Palästinenser sind – und nicht, weil sie sich eben antisemitisch äußern.

Die Israel-Boykotteure der BDS-Bewegung sollen also, folgt man den *documenta*-Verantwortlichen, nicht boykottiert, sondern unbedingt eingeladen werden, damit sie darüber sprechen, warum sie nicht mit Israelis reden und den jüdischen Staat hassen. Wer Kritik daran äußert, sieht sich mit der Vorhaltung konfrontiert, „eine produktive Diskussion unmöglich zu machen“. Widerspruch ist anscheinend unerwünscht, und viel mehr Probleme als mit dem Antisemitismus hat man offenbar mit dem „Antisemitismusvorwurf“, das heißt: mit der Kritik des Hasses gegen Juden. Schlechtes über die BDS-Bewegung mögen die Macher der *documenta* nicht sagen und nicht schreiben, vielmehr halten sie die Anti-BDS-Resolution des Deutschen Bundestages für eine

„Gefährdung von Kunst- und Diskursfreiheit“. Diese Freiheit ist für sie offenkundig nur dann gewährleistet, wenn sie mit staatlichen Geldern möglichst unwidersprochen Leute einladen und machen lassen können, die sich das Ende des einzigen jüdischen Staates zum Ziel gesetzt haben.

Als die *documenta* schließlich eröffnet wurde, zeigte sich rasch: Wo BDS draufsteht, ist auch Antisemitismus drin. Er manifestierte sich beispielsweise im riesigen Schlachtengemälde „Peoples' Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs *Taring Padi*, in dem Juden als Nazis und Schweine dargestellt sind (Wessel 2022b). Das Triptychon, ausgestellt auf einem der zentralen Plätze Kassels, wurde nach Kritik und Protesten erst verhüllt und schließlich abgebaut. Zu finden war der Antisemitismus aber auch im Zyklus „Guernica Gaza“, der die israelische Armee mit der deutschen Wehrmacht während des Nationalsozialismus gleichsetzt (von der Osten-Sacken 2022a), und in einem Propagandafilm zur Verherrlichung der terroristischen Japanischen Roten Armee, die im Mai 1972 am Flughafen Lod bei Tel Aviv ein Massaker mit 26 Toten ins Werk gesetzt hatte (von der Osten-Sacken 2022b). Der Film solle „Auskunft über die weitestgehend übersehene und nicht dokumentierte antiimperialistische Solidarität zwischen Japan und Palästina geben“, heißt es dazu auf der Website der *documenta* (*documenta fifteen* 2022d). Eine Solidarität, die in einem Blutbad in Israel kulminierte. Wenig später wurde auf der Kunstschau auch noch die faksimilierte Broschüre eines algerischen Frauenkollektivs mit antisemitischen Darstellungen israelischer Soldaten gesichtet – von Karikaturen im „Stürmer“-Stil bis zur Kindermörder-Legende war alles dabei (Goldmann 2022b). So etwas kommt nahezu unweigerlich dabei heraus, wenn man Kuratoren und Künstler einlädt und gewähren lässt, die den Boykott des jüdischen Staates für eine gute Idee halten. Dabei hatte es vonseiten der Verantwortlichen geheißt, Antisemitismus habe auf der *documenta* keinen Platz, es werde dort deshalb auch keinen Antisemitismus geben. Sie hätten es angesichts der BDS-Nähe vieler Beteiligten besser wissen müssen, zogen es jedoch vor, die Kritik des Bündnisses gegen Antisemitismus und verschie-

dener Medien als „rassistisch“ zurückzuweisen und als neokoloniale Attacke auf den „globalen Süden“ zu geißeln. Zurück trat nach wochenlanger Kritik lediglich Generaldirektorin Sabine Schormann, ansonsten gab es keinerlei politische oder personelle Konsequenzen. Der Antisemitismus auf der *documenta* blieb letztlich folgenlos, von der Kritik in den Feuilletons abgesehen. Schormanns kommissarischer Nachfolger Alexander Farenholtz durfte sogar ungeahndet Sätze sagen wie: „Die Zahlen sind sehr gut, die Stimmung auch. Ich glaube, dass die *documenta* als Ausstellung auf einem hervorragenden Kurs ist“ (Schippers 2022).

Von Anfang an haben die Verantwortlichen der *documenta fifteen* versucht, den Antisemitismus abzustreiten, kleinzureden, herunterzuspielen. Dazu passt es, dass die Autorin und Kuratorin Emily Dische-Becker vor der Eröffnung der Ausstellung einige Guides darin schulen durfte, wie sich bei klassischen BDS-Begriffen aus dem Repertoire des israelbezogenen Antisemitismus, etwa „Siedlerkolonialismus“ und „Apartheidstaat“, der antisemitische Gehalt wegdefinieren und damit leugnen lässt. Oder darin, dass die *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus*, die den Hass auf Israel kleinredet und ihn vom Stigma des Antisemitismus befreien will (Feuerherdt 2021), angeblich viel mehr taugt als die Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), die weithin akzeptiert ist und von zahlreichen Regierungen, Parlamenten und Verbänden verwendet wird. Die Online-Sitzung Dische-Beckers mit den *documenta*-Mitarbeitern fand vor dem Beginn der Ausstellung statt und sollte die Guides nach der Kritik im Vorfeld offensichtlich auf Linie bringen (Baumstieger 2022).

Dische-Becker gehört zur postkolonialistischen Szene, „wo der Jude auf den Israeli übertragen wird, der auf seine Partikularität beharrt“, wie es der Soziologe Natan Sznaider im Gespräch mit dem *Spiegel* treffend formuliert hat (Sznaider 2022). Gerade im Milieu der „bürgerlichen Kulturelite“ fröne man einem vermeintlich weltoffeneren Universalismus, wie er sich auch „in der Einladung des sogenannten globalen Südens zur *documenta*“ artikuliere. Die Shoa sei aber ein Verbrechen gegen Juden gewesen, „also etwas

Partikulares“, so Sznajder. Die „Israelkritiker“ versuchten, „die Vernichtung der europäischen Juden zu universalisieren“ und „zu einem Verbrechen zu machen, das in einer langen Reihe anderer Verbrechen steht, zum Beispiel des Kolonialismus“. Juden, die dieser Universalisierung der Shoa widersprächen, würden als Störfaktoren betrachtet.

Ergänzen ließe sich noch: Die vorherrschenden Ausprägungen des Postkolonialismus, die stark BDS-affin sind, ist für seine westlichen Anhänger eine Möglichkeit der Umwegkommunikation, wenn es um Juden und Israel geht. Festzustellen ist das nicht zuletzt an den Entgegnungen auf die Kritik, die es an der *documenta* gab und gibt: Die Zustimmung zu BDS, die Darstellung Israels, die Abbildung von Juden, all dies müsse man mit den Augen des „globalen Südens“ sehen, der nun mal ein anderes Bild vom jüdischen Staat habe; seine diesbezügliche Bildsprache müsse deshalb nicht so antisemitisch sein, wie man sie im Westen empfinde, heißt es immer wieder. Es sei eine Frage des Kontextes und der Perspektive. So hätte man es gerne, um auf diese Weise verbreiten zu können, was man sich selbst nicht zu sagen, zu schreiben oder ins Werk zu setzen traut. Doch „Peoples' Justice“ folgt einer Ästhetik, wie sie aus westlichen Agitprop-Bildern seit Jahrzehnten bekannt ist, und die Darstellung von Juden als Nazis und Schweine ist in jedem Kontext antisemitisch. Die Ikonografie des Antisemitismus ist zudem uralte und global, natürlich kennt man sie bei *Taring Padi*. Genauso hat die Gleichsetzung der israelischen Armee mit der deutschen Wehrmacht, wie sie im Zyklus „Guernica Gaza“ betrieben wird, in den palästinensischen Gebieten keine andere Bedeutung als in Europa. Die Botschaft lautet: Die Israelis sind wie die Nazis. Und so versteht man sie auch hier wie dort.

BDS soll nicht nur nicht als antisemitisch definiert, sondern vielmehr salonfähig gemacht werden. Gleichzeitig soll als provinzieller Rassist und als „Rechter“ dastehen, wer dem Treiben der BDS-Bewegung und ihrer Unterstützer Einhalt gebieten will. Antisemitismus in seiner israelbezogenen Variante ist für BDS-Befürworter und -Sympathisanten ein Teil jenes progressiven Selbstverständnisses, wie es für große Teile der Kulturszene charakteristisch ist. Deshalb findet

die BDS-Bewegung dort auch größeren Widerhall als in anderen Teilen der Gesellschaft. Weniger antisemitisch wird sie dadurch gleichwohl nicht. Zugleich zeigt der deutliche Widerspruch gegen die BDS-Verstrickungen der *documenta*, dass die Akzeptanz dieser antisemitischen und israelfeindlichen Bewegung und ihrer Positionen keineswegs selbstverständlich ist.

## Literaturverzeichnis

**Artists for Palestine** (2015): Letter: Over 100 artists announce a cultural boycott of Israel. In: *The Guardian*, 13.2.2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/13/cultural-boycott-israel-starts-tomorrow> [Zugriff: 16.6.2022]

**Artists from Europe and beyond** (2018): Boycott Eurovision Song Contest hosted by Israel. In: *The Guardian*, 7.9.2018, <https://www.theguardian.com/tv-and-radio/2018/sep/07/boycott-eurovision-song-contest-hosted-by-israel> [Zugriff: 16.6.2022]

**Baumstieger, Moritz** (2022): Wir machen Sie nun mit unseren Sicherheitsvorkehrungen vertraut. In: *Süddeutsche Zeitung*, 14.7.2022, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-guides-antisemitismus-1.5621517> [Zugriff: 10.8.2022]

**Bündnis gegen Antisemitismus Kassel** (2022): Documenta fifteen: Antizionismus und Antisemitismus im Lumbung. 7.1.2022, <https://bgakasselblog.wordpress.com/2022/01/07/documenta-fifteen-antizionismus-und-antisemitismus-im-lumbung/> [Zugriff: 16.6.2022]

**Crimson Editorian Board** (2022): In Support of Boycott, Divest, Sanctions and a Free Palestine. 29.4.2022, <https://www.thecrimson.com/article/2022/4/29/editorial-bds/> [Zugriff: 11.6.2022]

**Deutscher Bundestag** (2019): Der BDS-Bewegung entschlossen entgegnet – Antisemitismus bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 19/10191, 15.5.2019, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf> [Zugriff: 10.6.2022]

**documenta fifteen** (2022a): Stellungnahme zu Antisemitismusvorwürfen gegen die documenta fifteen. 19.1.2022, <https://documenta-fifteen.de/news/stellungnahme-zu-antisemitismus-vorwuerten/> [Zugriff: 16.6.2022]

**documenta fifteen** (2022b): Online-Gesprächsreihe „We need to talk!“ am 8., 15. und 22. Mai 2022. 11.4.2022, <https://documenta-fifteen.de/news/online-gespraechsreihe-we-need-to-talk-am-8-15-und-22-mai-2022/> [Zugriff: 16.6.2022]

**documenta fifteen** (2022c): Gesprächsreihe „We need to talk! Art – Freedom – Solidarity“ ausgesetzt. 4.5.2022, <https://documenta-fifteen.de/news/gesprachsreihe-we-need-to-talk-art-freedom-solidarity-ausgesetzt/> [Zugriff: 16.6.2022]

**documenta fifteen** (2022d): Subversive Film. <https://documenta-fifteen.de/en/lumbung-members-artists/subversive-film/> [Zugriff: 10.8.2022]

- Feuerherdt, Alex** (2021): Wie die Jerusalemer Erklärung die BDS-Bewegung verharmlost. In: *Mena-Watch*, 4.4.2021, <https://www.mena-watch.com/warum-die-jerusalem-erklarung-bds-verharmlost/> [Zugriff: 10.8.2022]
- Feuerherdt, Alex** (2022a): Documenta: Antisemitismus in der Reisscheune. In: *Mena-Watch*, 19.1.2022, <https://www.mena-watch.com/documenta-antisemitismus-in-der-reisscheune/> [Zugriff: 16.6.2022]
- Feuerherdt, Alex** (2022b): Über Antisemitismus will die Documenta nicht sprechen. In: *Mena-Watch*, 10.5.2022, <https://www.mena-watch.com/ueber-antisemitismus-will-die-documenta-nicht-sprechen/> [Zugriff: 16.6.2022]
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian** (2020): Die Israel-Boycottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand. Berlin/Leipzig
- Frey, Eric** (2022): Wirken Sanktionen überhaupt? In: *Der Standard*, <https://www.derstandard.at/story/2000136302373/wirken-sanktionen-ueberhaupt> [Zugriff: 10.6.2022]
- Goldmann, Ayala** (2022a): „Auf Bedenken eingehen“, *Jüdische Allgemeine*, 5.5.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/auf-bedenken-eingehen/> [Zugriff: 16.6.2022]
- Goldmann, Ayala** (2022b): Hakennase, Armeehelm und Davidstern. In: *Jüdische Allgemeine*, 27.7.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/hakennase-armeehelm-und-davidstern/> [Zugriff: 10.8.2022]
- Harvard Faculty** (2022): Statement in Response to The Crimson Editorial Board's Endorsement of BDS. <https://www.harvardfacultystatement.com/> [Zugriff: 11.6.2022]
- Hirsh, David** (2018): Contemporary Left Antisemitism. Abingdon/New York
- Hirsh, David** (2020): Accusations of malicious intent in debates about the Palestine-Israel conflict and about antisemitism The Livingstone Formulation, 'playing the antisemitism card' and contesting the boundaries of antiracist discourse. In: *transversal* 1/2020, 47-77, [https://engageonline.files.wordpress.com/2010/10/4958\\_transversal\\_2010\\_01\\_innenteil\\_beitrag\\_hirsch.pdf](https://engageonline.files.wordpress.com/2010/10/4958_transversal_2010_01_innenteil_beitrag_hirsch.pdf) [Zugriff: 10.6.2022]
- International Holocaust Remembrance Alliance** (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-characters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> [Zugriff: 10.6.2022]
- Jewish Virtual Library** (o. J.): BDS: In Their Own Words. <https://www.jewishvirtuallibrary.org/bds-in-their-own-words> [Zugriff: 11.6.2022]
- Jewish Virtual Library** (2022): Anti-Semitism: Campus Divestment Resolutions in the USA (2005-2022). <https://www.jewishvirtuallibrary.org/campus-divestment-resolutions> [Zugriff: 11.6.2022]
- Kahn, Natalie L.** (2022): I Am a Crimson Editor and I Stand with Israel. 4.5., <https://www.thecrimson.com/article/2022/5/4/kahn-staff-ed-dissent-bds/> [Zugriff: 11.6.2022]
- Kramer, Martin** (2001): Ivory Towers on Sand. The Failure of Middle Eastern Studies in Amerika. Washington
- Kramer, Martin** (2022): The incredible shrinking MESA. 1.4., <https://martinkramer.org/2022/04/01/the-incredible-shrinking-mesa-2/> [Zugriff: 11.6.2022]
- Krauthammer, Charles** (1998): Essay: Zionism and the Fate of the Jews. In: Ders.: Things That Matter. Three Decades of Pastimes, Pastimes and Politics, New York 2013, 258-273
- Markl, Florian/Feuerherdt, Alex** (2021): Das Rückkehrrecht aus völkerrechtlicher Perspektive. In: Deutsch-Israelische Gesellschaft: Rückkehrrecht? Geschichte und Gegenwart einer palästinensischen Forderung, Berlin, 8-19, <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/download/rueckkehrrecht/> [Zugriff: 31.08.2022]
- Middle East Studies Association** (2022): Middle East Studies Association Members Vote to Ratify BDS Resolution in Referendum. 80% of MESA's Participating Members Voted in Favor of Resolution In Solidarity With Palestinians Seeking Education Rights. 23.3.2022, <https://mesana.org/news/2022/03/23/middle-east-scholars-vote-to-endorse-bds> [Zugriff: 11.6.2022]
- Nelson, Cary** (2015): Introduction. In: Ders./Brahm, Gabriel Noah (Hrsg.): The Case Against Academic Boycotts of Israel, Chicago/New York 2015, 2-29
- Ruangrupa** (2022): Antisemitismus-Vorwurf gegen Documenta: Wie ein Gerücht zum Skandal wurde. Ruangrupa, das künstlerische Team der documenta fifteen und einige der Kurator\*innen des gescheiterten Forums. In: *Berliner Zeitung*, 9.5.2022, <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debatte/antisemitismus-vorwurf-gegen-documenta-wie-ein-geruecht-zum-skandal-wurde-li.226887> [Zugriff: 16.6.2022]
- Schippers, Nicole** (2022): Documenta will keine Kunstwerke überprüfen. In: *Jüdische Allgemeine*, 24.7.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/nach-juden-hass-eklat-documenta-verzichtet-trotzdem-auf-ueberpruefung-der-kunstwerke/> [Zugriff: 10.8.2022]
- Sharansky, Natan** (2004): 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: *Jewish Political Studies Review* 16:3-4 (Fall 2004), <https://www.jcpa.org/phas/phas-sharansky-f04.htm> [Zugriff: 10.6.2022]
- Steinberg, Gerald** (2019): No, Omar Barghouti is not a co-founder of the Israel boycott movement BDS. In: *The Jewish Chronicle*, 8.10.2019, <https://www.thejc.com/comment/opinion/no-omar-barghouti-is-not-a-co-founder-of-the-israel-boycott-movement-bds-1.489828> [Zugriff: 11.6.2022]
- Sweeney, Ken** (2019): Terrified Eurovision star Sarah McTernan reveals she received sinister threats and abusive messages after song contest. In: *The Sun*, 1.6.2019, <https://www.thesun.ie/news/4161638/horrified-eurovision-star-sarah-mcternan-reveals-she-got-terrifying-threats-and-abusive-messages-after-song-contest/> [Zugriff: 16.6.2022]
- Sznaider, Natan** (2022): „Wir Juden sind ein Störfaktor“. Interview von Ulrike Knöfel und Tobias Rapp. In: *Spiegel*, 22.7.2022, <https://www.spiegel.de/kultur/natan-sznaider-zur-documenta-debatte-wir-juden-sind-ein-stoerfaktor-a-a44b49b3-dbd3-4bc7-a810-b1175d2f4525> [Zugriff: 10.8.2022]
- von der Osten-Sacken, Thomas** (2022a): Wiedergutwerden in Kassel: Die documenta auf dem Weg von Guernica nach Gaza. In: *Mena-Watch*, 21.6.2022, <https://www.mena-watch.com/wiedergutwerden-in-kassel-die-documenta-auf-dem-weg-von-guernica-nach-gaza/> [Zugriff: 10.8.2022]

**von der Osten-Sacken, Thomas** (2022b): Documenta: „Anti-imperialistische Solidarität zwischen Japan und Palästina“. In: *Ruhrbarone*, 24.6.2022, <https://www.ruhrbarone.de/documenta-antiimperialistische-solidaritaet-zwischen-japan-und-palaestina/210011/> [Zugriff: 10.8.2022]

**Wessel, Thomas** (2022a): „Schade um die Documenta“. Die postkoloniale Drehtür (III). In: *Ruhrbarone*, 19.4.2022, <https://www.ruhrbarone.de/schade-um-die-documenta-die-postkoloniale-drehtuer-iii/> [Zugriff: 16.6.2022]

**Wessel, Thomas** (2022b): Documenta 15: Wimmelbild oder antisemitisches Weltbild? Volksfest oder Volksgerichtshof? In: *Ruhrbarone*, 28.6.2022, <https://www.ruhrbarone.de/documenta-15-wimmelbild-oder-antisemitisches-weltbild-volksfest-oder-volksgerichtshof/210071/> [Zugriff: 10.8.2022]

**World Forum against Racism** (2001): NGO Forum Declaration. <http://i-p-o.org/racism-ngo-decl.htm> [Zugriff: 11.6.2022]

#### Impressum

© Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien  
(CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-  
Westfalen, Aachen 2022

Robert-Schuman-Straße 25, 52066 Aachen

Telefon +49 241 60003-24

E-Mail: cars@katho-nrw.de

Website: <http://www.katho-nrw.de/cars>

Facebook: <https://www.facebook.com/CARSkatho>

V.i.S.d.P.: Martin Spetsmann-Kunkel, Co-Leiter des CARS

Herausgeber: Stephan Grigat, Martin Spetsmann-Kunkel

Redaktion: Julia Breidung, Referentin des CARS

ISSN 2748-2146